

Sommersprossen



Preisträger. Wie heisst der Chemiker, der das Vitamin C synthetisch herstellte?

Nummer 22

Ist ja klar: kein Sprossenjahr ohne einen Besuch im Totengässlein Nummer 3 – im Schweizerischen Pharmazie-Historischen Museum. Das Haus gehört zu den kleinen Perlen in der Museumskette unserer Stadt. Seine Sammlung zählt weltweit zu den interessantesten. Und ganz abgesehen davon ist das mittelalterliche Gebäude mit dem stimmungsvollen Innenhof (wo ja demnächst wieder zu «Em Bebbi sy Jazz» gerufen wird) für jeden Romantiker ein Must. Immerhin sind in diesem Haus schon Paracelsus und Erasmus von Rotterdam ein und ausgegangen. Daneben auch ein berühmter Nobelpreisträger für Medizin, um den es in der heutigen Sprosse geht. Der Mann ist am 20. Juli 1897 in Wlowlawek (also in Leslau) geboren worden – er war Schweizer Chemiker und Botaniker mit polnisch-jüdischen Wurzeln. 1938 zog er von der ETH (wo er bei Staudinger promovierte) nach Basel, um hier die Leitung des Pharmazeutischen Instituts zu übernehmen. Später, zwischen 1960 und 1967, war unsere Sommersprosse Direktor des Instituts für Organische Chemie an unserer Universität. 1950 hat er den Nobelpreis für Medizin bekommen – und zwar für seine Entdeckungen bei den Hormonen der Nebennierenrinde. Aber weitaus berühmter war er, weil er bald einmal die therapeutische Wirksamkeit des Cortisons zur Behandlung rheumatischer Krankheiten erkannte. 1932 stellte er das Vitamin C synthetisch her – nach seinem Verfahren produzierte Roche bereits zwei Jahre später über 50 Kilogramm davon. Nach der Emeritierung anno 1967 widmete sich unser gesuchter Kopf nur noch dem Studium der Farne. Vor 16 Jahren, am 1. August, starb er in unserer Stadt. Und nun also zu unserer Frage: Wie heisst der Nobelpreisträger, der auf einer Gedenktafel im Pharmazie-Historischen Museum verewigt ist, mit Vornamen? Wir suchen den ersten Buchstaben. Und das ist ein: ... -minu www.sommersprossen.baz.ch

Verzögerung beim Asylschiff

Parteien suchen nach Einigung
Basel. Am 20. Juli ist die Einsprachefrist zum Asylschiff Hispania verstrichen. «Es sind keine weiteren Einsprachen eingetroffen. Es ist bei den vier bereits kommunizierten geblieben», sagt André Frauchiger, Sprecher des Basler Tiefbauamtes. Aus Datenschutzgründen will er nicht sagen, wer die Einsprachen eingereicht hat. Der Basler Zeitung sind drei Verfasser bekannt: das Restaurant RhyPark, der Wohnbau-Genossenschaftsverband Nordwest und der Neutrale Quartierverein St. Johann. «Wir suchen die Einigung», sagt Quartiervereinspräsident Mario Ress. «Gelingt das nicht, können wir uns vorstellen, an die nächste Rekursinstanz zu gelangen.» Gemäss Tiefbauamt könne das Asylschiff wegen der Einsprachen erst Mitte September und nicht wie geplant Mitte August in Betrieb genommen werden. sg

Alte sollen Familien Platz machen

Parlamentarischer Vorstoss der CVP fordert eine bessere Wohnraumnutzung

Von Silvana Guanziroli und Nina Jecker

Basel. Ruth Banderet ist 81 Jahre alt. Sie bewohnt eine Drei-Zimmer-Wohnung im Gundeli. Die Wohnung kostet sie monatlich 925 Franken. «Mit AHV und Pensionskasse reicht das sehr gut. Eine teurere Wohnung könnte ich mir aber nicht leisten», sagt sie. Wegziehen kommt für sie nicht infrage. Und schon gar nicht, weil es die CVP Basel-Stadt so in ihrem neusten parlamentarischen Vorstoss vorschlägt.

Den Anzug hat die CVP vor zwei Wochen eingereicht. Darin fordert die Partei eine bessere Nutzung des vorhandenen Wohnraums. Konkret schreibt die CVP im Vorstoss: «Während junge Familien, die gerne in der Stadt bleiben wollen, grösste Mühe haben, eine geeignete Wohnung oder ein Einfamilienhaus zu finden, leben manche betagte Ehepaare oder alleinstehende Personen in grossen Wohneinheiten.» Die Partei fordert den Regierungsrat deshalb auf, zu prüfen, «welche Massnahmen er ergreifen kann, um den Umzug älterer Personen aus nicht mehr benötigten Wohneinheiten in kleinere Logis nach Kräften zu unterstützen.»

Ruth Banderet stösst dies vor den Kopf. «Eine solche Forderung empfinde ich so, als wolle man mich abschieben. Das macht mich traurig.»

Kein Zwang, nur freiwillig

So sei der Vorstoss nicht gemeint, sagt Grossrat Oswald Inglin. Er hat den Anzug mitunterzeichnet und erklärt die Haltung der Partei. «Es ist unser Ziel, dass Mittelstand-Familien einfacher an günstigen Wohnraum kommen.» Im Moment sei die Situation in der Stadt Basel schwierig. Wohnungen seien blockiert, die ideal für diese Familien wären. «Aber wir wollen bestimmt niemanden aus der Wohnung schmeissen.» Die CVP spreche in ihrem Vorstoss nur von älteren Mietern, die aus eigenem Antrieb in eine kleinere Wohnung umziehen wollen. «Das muss alles auf einer freiwilligen Basis passieren», so Inglin.

Im April veröffentlichte das Gesundheitsdepartement die Resultate einer Befragung der Bevölkerungsgruppe 55plus. Es war die erste kantonale Befragung der über 55-jährigen Menschen. Der Bericht zeigt: Im Stadtkanton ist die Sesshaftigkeit sehr ausgeprägt. So leben die befragten Personen im Schnitt seit über 25 Jahren an ihrer jetzigen Adresse. Und 20 Prozent der



Allein im Haushalt. 41 Prozent der über 55-Jährigen können sich vorstellen, in eine neue Wohnung umzuziehen. Foto Keystone

Befragten bewohnen eine Wohnfläche von 121 Quadratmetern.

Die Zahlen werden jetzt durch das Gesundheitsdepartement ausgewertet. «Wir eruieren, welche Möglichkeiten es in diesem Bereich gibt. Die Daten liegen aber noch nicht vor», sagt Jürg Diezig, Sprecher des Gesundheitsdepartements. Er rechnet damit, dass die Ergebnisse im Herbst vorliegen.

Unverständnis bei Grauen Panthern

Stellt sich die Frage, ob der Anzug der CVP überhaupt nötig ist. Bei der Organisation Graue Panther Basel, die sich für die Anliegen der älteren Bürger einsetzt, reagiert man mit Unverständnis. «Der Vorstoss mag gut gemeint sein, er spielt aber eine Generation gegen die andere aus», sagt Co-Präsident Remo

Gysin. «Gefragt sind doch aber bessere und günstigere Wohnmöglichkeiten für Jung und Alt.» Sein Co-Präsident Hanspeter Meyer bringt es auf den Punkt: «Wir stehen für die Selbstbestimmung älterer Menschen. Es darf keine Bevormundung geben. Will jemand in einer Wohnung bleiben, dann soll er das auch tun können.»

Im Quartier Bachletten praktiziert man bereits heute eine sinnvolle Art der Wohnungsvermittlung. Der Neutrale Quartierverein und das Quartierzentrum stehen Umzugswilligen helfend zur Seite. Innerhalb des Quartiers konnten so ältere Menschen, die in eine kleinere Wohnung umziehen wollten, mit Familien zusammengebracht werden. Die Folge: Es kam zum Wohnungstausch. «Das ist eine Win-win-Situation

für alle Beteiligten», sagt Karin Fardel, Geschäftsleiterin des Quartierzentrums Bachletten.

Vernetzung im Quartier

Für ältere Menschen sei nämlich vor allem das bekannte Umfeld, also das Quartier, in dem sie seit Jahren leben, wichtig, sagt Ruth Banderet. Die 81-Jährige betreibt bei den Grauen Panthern das Kontakttelefon und kennt die Sorgen der älteren Menschen genau. «Sie fürchten sich davor, enturzelt zu werden», sagt sie.

Und oft sei es mit dem Umzug ja nicht getan, wie sie ergänzt. «Der Irrsinn ist ja, dass viele der Wohnungen saniert werden und dann so teuer sind, dass sie junge Familien auch nicht mehr bezahlen können.»

Gastbeitrag zur Simulation und Arbeitsplatzbewertung im Kanton Basel-Stadt

Vor Fusionsentscheid sollte anderes warten

Von Hansjörg Wirz*

Die längst überfällige Fusion der beiden Halbkantone Basel-Stadt und Baselland nimmt wahrhaftig langsam aber sicher Fahrt auf. Ich stelle mir dazu folgendes Szenario vor: Die von beiden Kantonsparlamenten verlangten Simulationen einer Fusion werden zeigen, davon bin ich überzeugt, dass eine solche Sinn machen wird. Somit werden die Bestrebungen zur Fusion unaufhaltsam vorangetrieben. Die etwas zögerliche Haltung der Regierungen, die vorerst den Auftrag erteilt haben, «die Machbarkeit einer Simulation abzuklären», ist nicht verständlich, ausser unter dem Gesichtspunkt, dass die Damen und Herren wissen, dass ein zukünftiger Kanton Basel mit einer Bevölkerung von zirka 500'000 Personen keine zwölf Regierungsräte und Regierungsrätinnen benötigen wird. Eine Simulation ist immer machbar! Die Initiative, die demnächst in beiden Halbkantonen lanciert wird, wird zu Stande kommen. Die Initianten werden die darauf folgende Abstimmung, trotz wahrscheinlicher Verzögerungstaktik, gewinnen. Dann werden die Regierungen gezwungen sein, vorwärtszumachen. Das ganze Prozedere wird einige Jahre dauern, aber der Prozess läuft und lässt sich nicht mehr aufhalten, nach der Devise: «Nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.»

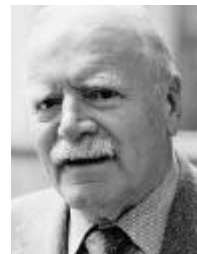
Die Idee der Fusion von Basel-Stadt und Baselland lässt sich bis zu deren Verwirklichung nicht mehr aufhalten, so wenig wie man bekanntlich Senf wieder in die Tube kriegt. (Wobei betont sei, dass die angestrebte Fusion kein Senf ist!)

Die etwas zögerliche Haltung der Regierungen ist nicht verständlich.

Vor wenigen Jahren glaubten dies nur wenige Optimisten. Ich kann mich gut erinnern, als ich damals im Basler Verfassungskomitee den Antrag stellte, man möge doch in der Kantonsverfassung Basel-Stadt den sogenannten Wiedervereinigungsartikel nicht streichen, nur weil in Baselland dies so geschehen ist, wurde ich mit Hohn und Spott eingedeckt, wenigstens von einigen möchtegern-massgebenden Politikern, die die Idee einer Fusion Basel-Stadt/Baselland rundweg verwarfen, zugunsten verschiedener (in weiter Zukunft liegender) phantasiereicher Gebietskombinationen. Und nun diese erfreuliche Wende. Ausgerechnet in der jetzigen Zeit, wo durch Simulation, Initiative und gemeinsame Regierungsklausuren das Thema Fusion topaktuell ist und erwartet werden darf, dass die diesbezüglichen Bestrebungen in wenigen Jahren von Erfolg gekrönt sein werden,

leitet das Finanzdepartement eine umfassende Arbeitsplatzbewertung in der Kantonsverwaltung Basel-Stadt ein. Ist dies wirklich der Weisheit letzter Schluss? Ist es klug, gerade jetzt dieses Mammutprojekt anzupacken, wenn doch das «Risiko» besteht, dass die beiden Souveräne Basel-Stadt und Baselland einer Fusion zustimmen werden, und in der Folge ohnehin zwei Kantonsverwaltungen umgekrempelt und neu gestaltet werden müssen? Soll diese Voreile etwa die dannzumalige Gestaltung der neuen Kantonsverwaltung eines Kantons Basel erschweren? «Gouverner cést prévoir», heisst es. In diesem Fall bedeutet dies, in kluger Voraussicht keine verzichtbaren Stellen in der Basler Verwaltung mehr schaffen, bis ein allfälliger Fusionsentscheid gefallen ist, und die «umfassende Arbeitsplatzbewertung der Kantonsverwaltung», die möglicherweise für die Katz sein wird, vorerst zu sistieren.

* Hansjörg Wirz (73) war als Gewerbeinspektor Chefbeamter des Kantons Basel-Stadt und danach als Direktor dwer Fachhochschule beider Basel mit Sitz in Muttenz Chefbeamter der Kantone Basel-Stadt und Baselland. Für die DSP sass er im Grossen Rat (1988–2001 und 2005–2008, Präsident 1993) und im Basler Verfassungsrat (2000–2005).



Spielhaus geht in bekannte Hände

Franz Carl Weber kommt wieder in die Innenstadt

Basel. Das Spielwarengeschäft Spielhaus AG an der Eisengasse 8 wird an die Firma Franz Carl Weber verkauft, wie Radio Basilisk gestern mitteilte. Der Inhaber des Spielhaus, Gerhard Hirt (66), hat nach einer Nachfolgeregelung gesucht, weil er in den Ruhestand treten will, sagte er der BaZ. Der Verkauf erfolge auf Ende Juli. Am 2. August wird der Laden von Franz Carl Weber neu eröffnet. Hirt hat das Geschäft seit 28 Jahren geführt, also schon zu einer Zeit, als die jetzige Nachfolgefirma noch in der Innenstadt präsent war. Deren Laden an der Freien Strasse 17, der in Basel ein Begriff war, schloss vor neun Jahren.

Die vor 131 Jahren von einem Deutschen in Zürich gegründete Spielwarenfirma Franz Carl Weber ist seit 2006 im Besitz der französischen Ludendo SA, der Marktführerin im europäischen Spielwarenhandel. Vorher hatte Weber 22 Jahre zu Denner gehört, bis dieser ihn verkaufte. 2009 eröffnete Franz Carl Weber wieder eine kleine Filiale in Basel, und zwar im Stüchi Shopping Center. Diese soll auch beibehalten werden, sagte ein Sprecher der Firma. Denn die Filiale habe einen guten Geschäftsgang, hiess es im vergangenen Jahr. «Wir würden uns sehr darauf freuen, bald auch in der Basler Innenstadt wieder vertreten zu sein», sagte Generaldirektor Rudolph Hidalgo im August 2011 der BaZ. Die Anfrage von Gerhard Hirt kam also zur richtigen Zeit. ur